Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 16 (1996)
Heft: 31

Vorwort: Editorial
Autor: P.F. / W.S.

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Editorial

> Dieser neue Kolonialismus der transnationalen Unternehmen droht schamlos und brutaler zu werden als je einer zuvor. Er könnte mehr Menschen enteignen, verarmen lassen und ausgrenzen, mehr Kulturen zerstören und mehr ökologische Katastrophen verursachen als der Kolonialismus einst.
> *E. Goldsmith, Le Monde dipl. / WoZ, April 96*

"Ungleichheitsproduktion - das ist der soziale Kern des Transnationalisierungsprozesses." Und weil, so W.D. Narr und A. Schubert in ihrer Analyse weiter, der "Ausgangspunkt der transnationalen Ökonomie eine schon stark differenzierte Einkommensverteilung ist (innerhalb und zwischen den Nationen) und diese von ihr auch noch vertieft wird, werden Produktivitätsgewinne ungleich realisiert. Diese Ausgangslage hat dramatische Folgen: Innerhalb der Weltökonomie erlebt nur eine Minderheit die Vorteile des transnationalen Wettbewerbs, die Mehrheit nur die Nachteile." Nach *Reagonomics* und *Thatcherism*, die in den 80er Jahren die Investitionsschwäche zu beleben und die Akkumulationskrise zu überwinden versuchten, gewinnen die Ziele der global operierenden Konzerne im Zuge des *Neoliberalismus* und seiner "sechs Gebote" (Globalisierung, Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, s. FAZ, 29.8.95) klare Konturen. Es geht um Öffnung der Märkte unter dem Regime der Welthandelsorganisation (WTO), freie Zirkulation des Finanzkapitals, Aufhebung des nationalen und sozialen Schutzes der Arbeitskraft, Aushöhlung der Sozialgesetze und der Kollektivverträge - um Kapitalismus pur, nicht mehr um Soziale Marktwirtschaft.

Grundlegende Bedenken gegen den *globalen Kapitalismus*, der den Niedergang ganzer Kontinente, Regionen, sozialer Schichten und Sozialsysteme sowie irreversible Umweltzerstörungen in Kauf nimmt, werden in den USA nicht etwa nur von linker Seite laut: vom "Killing Capitalism" (Newsweek) ist die Rede, von der "Zerstörungskraft des Turbo-Kapitalismus" (E.Luttwack), von der "globalen Sozialkrise" und einem absehbaren "backlash gegen den Kapitalismus des freien Marktes" (E.Kapstein und P.Kennedy).

Im "Weltwirtschaftskrieg" zwischen den grossen Exportnationen Nordamerikas, Europas und Südostasiens hat die Globalisierung nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Länder vor allem die Wirtschaftsräume der kapitalistischen Metropolen *enger* vernetzt. Sie konnten ihren Anteil am Weltsozialprodukt auf Dollarbasis auf rund 80 Prozent Anfang der 90er Jahre ausbauen (UNCTAD 1993). Ende 1993 befanden sich 76 Prozent des weltweiten Bestandes an Direktinvestitionen in den Industrieländern und nur noch rund 23 Prozent in Entwicklungsländern (Globale Trends 1996).

Die Finanzmärkte spielen dabei eine entscheidende Rolle. Die Börsenaktivitäten signalisieren das Auseinanderdriften von Realkapital und Geldka-

pital; die relative Verselbständigung des Finanzkapitals gegenüber dem realwirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess nimmt zu. Die Spaltung des Finanzkapitals in ein nichtreguliertes, staatsfreies internationales Finanzsystem und in untereinander konkurrierende nationalstaatliche Finanzsysteme ist ein bestimmendes Moment des globalen Kapitalismus. Mit der Internationalisierung der Produktion und der Globalisierung der Finanzinvestitionen verlieren Nationalstaat und Politik mehr und mehr Steuerungskapazität (Zins- und Wechselkurspolitik) und Kontrollfunktionen; das internationale Finanzkapital nimmt seinerseits Einfluss auf die nationale Wirtschaftspolitik.

Die *Denationalisierung* der Wirtschaft schwächt die Binnennachfrage, verfestigt die Massenarbeitslosigkeit, die in der EU auf über 18 Millionen gestiegen ist, und treibt die Verschuldung von öffentlichem Haushalt und Sozialversicherung nach oben. Die daraus entstehenden sozialen Folgen sind durch eine noch so aggressive Export- und Wettbewerbspolitik nicht kompensierbar. Im Gegenteil, der "Standortkrieg" um niedrigste Löhne, Steuersätze und Sozialstandards zerstört lokales und regionales Kapital, verstärkt den Rationalisierungszwang, die Arbeitsplatzvernichtung und den Lohndruck. Die Volkswirtschaften geraten zunehmend unter das Diktat betriebswirtschaftlicher Kostensenkungsstrategien der Unternehmen, die Sozial- und die Umweltpolitik unterliegen dem Zwang zur Ökonomisierung.

Die Angriffe der Monetaristen und Laissez-Faire-Liberalen auf den "überregulierten Wohlfahrtsstaat mit einer erdrückenden Steuer- und Abgabenlast" (A.H.Meltzer) zielen auf die in den westeuropäischen Wohlstandsgesellschaften von organisierten Arbeitnehmer/innen errungenen Systeme sozialer Sicherung, auf das Ende des sozialen Konsenses. Dass Sozialstaatsabbau angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der sozialen Krisen kein "Standortvorteil" ist, der soziale Friede bisher auch als ein "Produktionsfaktor" galt, wird von Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden zusehends ignoriert. Sie fordern den "schmerzhaften Abschied" vom "teuren Sozialpatriotismus" und rüsten zum Kampf um "Kostensenkungsmassnahmen": Lohnkürzungen und Lohnverzicht, längere Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, Flexibilisierung der Arbeitszeiten, Senkung der Krankenrate, Abbau der betrieblichen Sozialeinrichtungen, unternehmens- und kapitalorientierte Entlohnung, Leistungslohn, Ausgliederung von Abteilungen u.w.m.Wirtschaftswachstum um jeden Preis und Tarifautonomie, Sozialpartnerschaft sowie sozial-ökologischer Umbau schliessen sich gegenseitig aus.

"Die Politik tut einstweilen noch so, als gehe es ums 'Sparen'. Die Entzauberung des Sozialstaats, die Entmachtung seiner Tarifverbände und Neuvermessung seiner Umverteilungsmechanismen werden aber nicht aufzuhalten sein", so Wirtschaftsredakteur H.D. Barbier (FAZ, 18.4.96). Eine kalte Berechnung, bei der es um eine grosse Umverteilung von unten nach oben geht. Unberechenbar bleibt, wie lange die Lohnabhängigen, die Arbeitslosen und Verarmten sich mit Parolen wie "Wir müssen den Gürtel enger schnallen!" werden abspeisen lassen.

P.F./W.S.